

Trump plant massive Zölle: Österreichs Industrie in der Krise!

US-Präsident Trump plant Zölle von 25% auf Stahl und Aluminium. Auswirkungen auf Österreichs Exporte und Industrie im Fokus.



New Orleans, USA - Herzlicher Gruß aus den USA! Präsident Donald Trump hat wieder für Aufregung gesorgt, indem er Pläne zu massiven Zöllen auf Stahl- und Aluminium-Importe angedeutet hat. Diese Einfuhrzölle, die voraussichtlich bei satten 25 Prozent liegen werden, könnten weitreichende Folgen für die europäische Industrie haben. Wie **krone.at** berichtete, betreffen die Maßnahmen nicht nur große Unternehmen wie Voestalpine, Amag und BMW Steyr, sondern auch andere Branchen, die in den USA erfolgreich tätig sind. Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass Österreichs Export nach Nordamerika im letzten Jahr um 14 Prozent auf insgesamt 14 Milliarden Euro gestiegen ist. Ob diese positive Entwicklung weiterhin Bestand hat, steht nun auf der Kippe.

Das Plänen der neuen Zölle scheinen zudem ein Teil von Trumps Bemühungen zu sein, das Handelsdefizit der USA auszugleichen. Wie **sueddeutsche.de** berichtet, wird fast die Hälfte des Aluminiumbedarfs der USA sowie ein Viertel des Stahlbedarfs von ausländischen Lieferanten bezogen. Trump, der vor vier Jahren bereits Zölle auf Stahl und Aluminium verhängte, gibt gerne Granit, dass er die amerikanische Industrie schützen möchte, doch die Auswirkungen auf die europäischen Exporteure könnten verheerend ausfallen. Unternehmen wie Amag erwogen damals, die Kosten weiterzugeben, um den finanziellen Druck zu mildern, und schafften es, größtenteils glimpflich davonzukommen. Doch die Unsicherheit bleibt. Ob es auch diesmal zu solchen pragmatischen Lösungen kommt, bleibt abzuwarten.

Die Ängste der Industrie

Österreichs Stahlindustrie könnte erneut stark unter diesen neuen Zöllen leiden. Laut Experten könnte das Exportwachstum empfindlich in Mitleidenschaft gezogen werden, was die gesamte Wirtschaftsleistung des Landes belasten würde. Voestalpine hat bereits reagiert und sieht den Aktienkurs sinken. Ob es ähnliche Lösungen wie in der Vergangenheit geben wird, ist noch unklar. Die EU plant zudem eigene Maßnahmen, um Druck auf die USA auszuüben, und könnte wiederum Strafzölle auf amerikanische Produkte verhängen. So bleiben die kommenden Wochen entscheidend für die europäische Industrie und deren Wirtschaftsausblick.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	New Orleans, USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• www.sueddeutsche.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at